



Liebe Leserinnen und Leser,

am Freitag haben nun endlich die Koalitionsverhandlungen mit der SPD begonnen. Seit Monaten zieht sich mittlerweile die Regierungsbildung hin. Als Abgeordneter beobachte ich diese Entwicklung mit einiger Skepsis – und weiß mich darin mit vielen Bürgerinnen und Bürgern einer Meinung. Wenngleich man ein gewisses Verständnis für die SPD haben muss, die nach einer aus meiner Sicht falschen Festlegung von Parteichef Martin Schulz am Wahlabend viele Wochen gebraucht hat, um innerparteilich die Voraussetzungen für eine neue große Koalition mit der Union zu schaffen, ist es doch sehr unbefriedigend, nun erneut auf die parteiinterne Zerrissenheit der SPD Rücksicht nehmen zu müssen. Der SPD-Bundesparteitag am vergangenen Sonntag hat gezeigt, wie gespalten die Partei ist. Dies lässt für die weiteren Verhandlungen doch eine gewisse Sorge aufkommen. Aber es bleibt dabei: Alles ist besser als Neuwahlen. Deshalb ist es richtig, an die staatspolitische Verantwortung der SPD und ihrer Mitglieder zu appellieren, mit uns eine Regierung zu bilden. Schwierig genug, dass diese erneut am Votum der gesamten Parteibasis hängt. Man wird sich fragen müssen, ob derartige innerparteilich zwischen geschaltete Beteiligungsmassnahmen in solchen Situationen die richtige Antwort sein können. So ist die Jamaika-Koalition aus meiner Sicht auch daran gescheitert, dass die Grünen für ihren Parteitag ein viel zu detailliertes Sondierungspapier verhandelt haben wollten. Zusammen mit einer von Beginn an ziemlich unwilligen FDP waren die Verhandlungen zum Scheitern verurteilt. Immerhin haben wir in der letzten Sitzungswoche bereits die Ausschüsse eingesetzt; sie werden in der nächsten Sitzungswoche ihre Arbeit aufnehmen. Das Parlament soll ungeachtet der Regierungsbildung arbeitsfähig sein. Viele der neuen Kollegen haben bisher ja noch nicht einmal einen festen Arbeitsbereich. Ich freue mich, auch weiterhin im Bereich Bildung, Forschung und Innovation arbeiten zu können – und damit auch weiterhin die zentralen Zukunftsfragen unseres Landes mit zu gestalten.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Sondierungen erfolgreich - Koalitionsverhandlungen begonnen

Berlin – In der letzten Woche haben wir die Sondierungsgespräche mit der SPD nach intensiven Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Darüber bin ich sehr froh. Nach dem traurigen Ende der Jamaika-Sondierungen gibt es nun eine gute Chance, dass Deutschland bald wieder eine Regierung hat. Mit dem 28-seitigen Sondierungspapier ist eine gute Grundlage für eine erneute Zusammenarbeit für die nächsten vier Jahre gelegt worden. Es hat in den Parteigremien von CDU und CSU eine breite Zustimmung gefunden und wurde am letzten Sonntag auf dem SPD-Parteitag – wenn auch nur relativ knapp – als Grundlage für Koalitionsverhandlungen angenommen.

Das Sondierungsergebnis ist ein Geben und Nehmen für beide Seiten; auch uns ist einiges schwergefallen – so etwa die Absicherung des Rentenniveaus bis 2025 auf dem heutigen Niveau von 48 %, die Wiedereinführung der Parität bei den Beiträgen zur Gesetzlichen Krankenversicherung oder das Recht auf befristete Teilzeit in begrenzter Form in Unternehmen ab 45 Mitarbeitern.

Gerade im Bereich der Bildungs- und Forschungspolitik wurden weitreichende Vereinbarungen getroffen, die die Bildungsrepublik Deutschland

weiter voran bringen werden. Dazu gehören beispielsweise die Anpassung des Artikel 104c Grundgesetz für eine weitere Unterstützung der Länder im Bildungsbereich seitens des Bundes, eine BAföG-Reform, die Ganztagsbetreuung im Grundschulalter, das Nachfolgeprogramm für den Hochschulpakt und die Fortführung des Pakts für Forschung und Innovation, ein Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung. Ich bin mir sicher, dass auf dieser Grundlage auch ein gutes Verhandlungsergebnis zustande kommt.

An dem Kompromiss, den wir am 12. Januar vorgestellt haben, gibt es nichts mehr nachzuverhandeln. Wir sind alle aufgerufen, nach vorne zu schauen und uns an die Arbeit zu machen. Es geht um die Modernisierung Deutschlands insbesondere im Bereich der Digitalisierung, um eine Stärkung des Zusammenhalts unserer Gesellschaft und um den Ausbau der inneren, äußeren und sozialen Sicherheit in unserem Land. Das ist unsere Agenda für die kommenden vier Jahre und daran arbeiten wir nun bei den Koalitionsgesprächen. Ich bin zuversichtlich, dass wir bis Fasching zu einem Vertrag kommen.



Besuch des Deutschen Elektronen Synchrotron (DESY) in Hamburg

Hamburg – Vergangene Woche habe ich eines der erfolgreichsten deutschen Forschungszentren – das DESY als Teil der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren in Hamburg – besucht. Das jüngste von DESY betreute Projekt ist der weltweit größte Röntgenlaser, der European XFEL, der im Herbst in Betrieb genommen wurde und bereits jetzt von den Forscherinnen und Forschern in höchsten Tönen gelobt

wird. Hier wird in Ergänzung zum CERN mithilfe von Beschleunigern Grundlagenforschung auf höchstem Niveau im Bereich der Teilchenphysik und der Forschung mit Photonen betrieben. Extrem intensive Röntgenlaserblitze ermöglichen es, atomare Details von Viren zu erkennen oder chemische Reaktionen zu filmen.

Gastbeiträge zu Europäischen Universitäten und Fachkräftemangel

Berlin/ Stuttgart - Wie könnten eigentlich die 20 Europa-Universitäten aussehen, die Emmanuel Macron in seiner Rede an der Sorbonne vorgeschlagen hat? Dazu wurde vergangene Woche im Tagesspiegel ein Gastbeitrag von mir veröffentlicht.

In einem zweiten Beitrag habe ich mich mit den kürzlich vom Deutschen Beamtenbund veröffentlichten alarmierenden Zahlen zum Fachkräftemangel auseinandergesetzt: Im öffentlichen Dienst – insbesondere im Bereich von Bildung und Erziehung – gibt es einen akuten Fachkräftemangel. Allein 130.000 Erzieher und 32.000 Lehrer fehlen schon heute. Ursachen dürften die vergleichsweise schlechte Bezahlung sowie die fehlenden Entwicklungsperspektiven gerade für junge Menschen sein. In den unteren Einkommensgruppen verstärkt sich in Großstädten wie Stuttgart diese Problematik zudem durch die seit Jahren stark ansteigenden

Mieten. Angesichts der großen Herausforderungen im Bildungsbereich fordere ich in meinem Gastbeitrag insbesondere den Stuttgarter OB Fritz Kuhn zum Handeln auf. Denn wenn nicht endlich dafür gesorgt wird, dass auch in Stuttgart zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann, werden die Ausbildungsmöglichkeiten in unserer Stadt darunter massiv leiden. Deshalb mein Plädoyer für eine Wohnungsbauoffensive in Stuttgart.

Die Artikel finden Sie hier:

<http://www.tagesspiegel.de/wissen/macrons-vorschlag-fuer-europa-uni-versitaeten-27-think-tanks-fuer-europa-gruenden/20849200.html>

https://www.focus.de/regional/stuttgart/einschaetzung-aus-berlin-beamtenmangel-in-stuttgart-mangel-an-bezahlbarem-wohnraum-als-eine-ursache-id_8283533.html



Japanische Delegation zu Gast in Berlin

Berlin – Gespräch in Berlin mit einer japanischen Delegation rund um die beiden Abgeordnetenkollegen Ryi Shionoya und Shintaro Ito vorrangig zu einem geplanten neuen Teilchenbeschleuniger (ILC) in Japan. Japan ist sehr an einer Zusammenarbeit mit Deutschland und Europa bei diesem internationalen Forschungs-Großprojekt interessiert. Der ILC soll in Ergänzung zum CERN der Erforschung u.a. des Urknalls dienen.



Besuch der Johannes-Brenz-Schule in Stuttgart-Mitte

Stuttgart - Sehr gerne habe ich die Johannes-Brenz-Schule in Stuttgart-Mitte besucht, eine private Grundschule in Trägerschaft der Evang. Schulstiftung mit vorbildlicher Betreuung - obwohl das Land Baden-Württemberg die Inklusion an privaten Schulen nicht unterstützt. Hier besteht Handlungsbedarf! Ich habe mich besonders dafür interessiert, wie sich inklusiver Unterricht in der Praxis gestaltet.

Funktions- und Mandatsträgerkonferenz im Kloster Schöntal mit Resolution zu Stuttgart 21

Auch in diesem Jahr habe ich an der Funktions- und Mandatsträgerkonferenz der CDU Baden-Württemberg in Kloster Schöntal teilgenommen, auf der wichtige Zukunftsthemen im Fokus standen.

Unter dem Titel „Zukunft“ wurden mit der diesjährigen „Schöntaler Erklärung“ wichtige Impulse und Forderungen für die Themenbereiche Europa, Bildung und digitale Revolution formuliert und verabschiedet. Mit einer Resolution zu Stuttgart 21 haben wir einen weiteren inhaltlichen Akzent im Sinne der Zukunftsfähigkeit unseres Landes gesetzt. Wir bekennen uns klar zur vollständigen Umsetzung des Projekts – inklusive des Filderbahnhofs am Flughafen. Hier der Text der Resolution:

*„Bahnprojekt Stuttgart-Ulm mit allen Vorteilen
erfolgreich realisieren“*

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen-Ulm müssen mit allen vereinbarten verkehrlichen Vorteilen erfolgreich realisiert werden. Neben dem Bau des neuen Tiefbahnhofs in Stuttgart und der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm gehört als wesentlicher Bestandteil besonders der zusätzliche Fernzughalt durch die Realisierung eines Fernbahnhofs am Flughafen Stuttgart dazu. Die Anbindung des Flughafens an die Neubaustrecke im Zwei-Stunden-Takt war Grundlage für Stresstest und Volksabstimmung. Die Verknüpfung von Fern-, Nah- und Regionalverkehr sowie der Gäubahn

und dem Flughafen am Filderbahnhof ist als Verkehrsdrehscheibe direkt an der Messe Stuttgart ein zentraler Baustein des Projekts Stuttgart 21. Für diese Neuordnung des Bahnknotens Stuttgart in Verbindung mit der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm haben sich die Menschen in Baden-Württemberg in deutlicher Mehrheit ausgesprochen. 40.000 Besucher bei den Tagen der offenen Baustelle am Stuttgarter Hauptbahnhof allein vom 5. bis 7. Januar 2018 zeigen, dass das Interesse und die Zustimmung zum Bahnprojekt weiter ungebrochen sind. Überlegungen, die so zentrale Elemente wie den Fernverkehrshalt oder die Verkehrsdrehscheibe am Flughafen in Frage stellen, schaden jedoch dem Gesamtprojekt. Im Sinne der erfolgreichen Realisierung des Bahnprojekts tut die Deutsche Bahn AG gut daran, diese Überlegungen schnellstmöglich ad acta zu legen. Dies gilt auch für Überlegungen, den Filderbahnhof räumlich neu zu planen. Das Bahnprojekt Stuttgart-Ulm bedeutet für die Stadt und die Region Stuttgart, aber auch für ganz Baden-Württemberg eine wichtige Investition in die Zukunft. Diesem Ziel sieht sich die CDU Baden-Württemberg im Interesse der Menschen in unserem Land verpflichtet. Wir erwarten und sehen es als selbstverständlich an, dass alle Projektpartner bei der Erfüllung dieses Zieles konstruktiv mitwirken und die Deutsche Bahn ihre Zusagen für die Anbindung der künftigen Verkehrsdrehscheibe Flughafen Stuttgart an das Fernverkehrsnetz vorbehaltlos einhält.“

55 Jahre Élysée-Vertrag

Paris / Berlin - Zum 55-jährigen Jubiläum des Élysée-Vertrags wurde in Sondersitzungen der Assemblée nationale und des Deutschen Bundestages eine gleichlautende Resolution verabschiedet. Hierzu war vergangenen Montag eine Delegation aus dem französischen Parlament mit seinem Präsidenten François de Rugy an der Spitze zu Gast in einer Sondersitzung des Bundestages. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble war noch am selben Tag mit einer deutschen Delegation zu Gast in Paris und hat zu den französischen Kolleginnen und Kollegen gesprochen. „Vor genau 55 Jahren haben zwei Männer, Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, einen Weg geebnet: den Weg zur Aussöhnung zwischen zwei skeptischen und feindseligen Völkern. Der eine wie auch der andere hatte die Strapazen der beiden Weltkriege erlebt. Und dem einen wie dem anderen waren auch die verpassten Chancen zwischen unseren beiden Ländern bewusst. Mit der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags ist es ihnen gelungen, den Konformismus zu überwinden“, sagte François de Rugy in seiner Ansprache. „Es ist an der Zeit zu zeigen, dass Frankreich und Deutschland nicht mehr nur ein Paar sind: Unsere beiden Länder sind eine Familie“. Der von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen in den Bundestag eingebrachte und mit den Stimmen dieser Fraktionen angenommene Entschließungsantrag mit dem Titel „Für eine neuen Élysée-Vertrag – Die Rolle der Parlamente in der deutsch-französischen Zusammenarbeit stärken“ nimmt uns als Parlamentarier in die Pflicht, wie Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble betonte. Er fordert die Regierungen auf, mehr zum Zusammenwachsen Europas beizutragen und wurde mit großer Mehrheit angenommen.

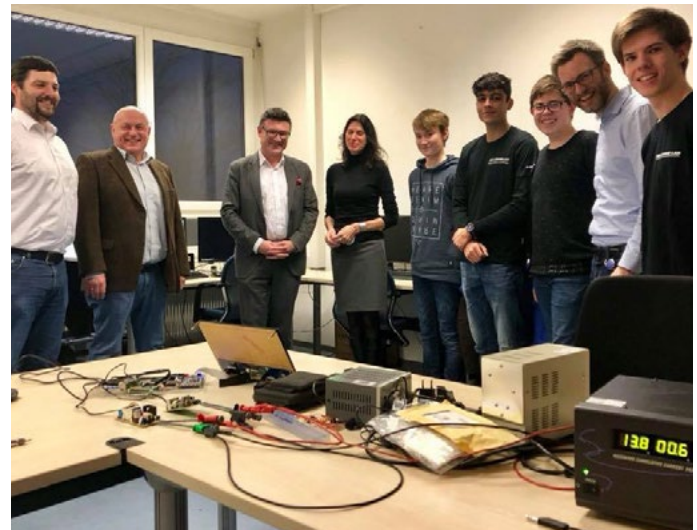
Den Antrag finden Sie hier:

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/004/1900440.pdf>



Neujahrsempfänge in Möhringen und der Innenstadt

Stuttgart - Gleich zweimal konnte von Bezirksgruppen in meinem Wahlkreis der Fraktionsvorsitzende der CDU Landtagsfraktion Prof. Dr. Wolfgang Reinhart für einen Neujahrsempfang gewonnen werden. Am vergangenen Freitag veranstalteten die Innenstadtbezirksgruppen einen Neujahrsempfang in der Brauereigaststätte Dinkelacker, am Montag war ich im Bürgerhaus Möhringen zu Gast. Beide Veranstaltungen waren gut besucht und lassen uns mit Zuversicht auf das neue Jahr 2018 blicken. Herzlichen Dank Prof. Dr. Wolfgang Reinhart für die hervorragenden Reden und den beiden Bezirksgruppen für die Organisation der Empfänge. Immer wieder schöne Gelegenheiten für Begegnungen!



Besuch im Jugendforschungszentrum Aerospace Lab

Herrenberg - Mitte der Woche habe ich das Jugendforschungszentrum Aerospace Lab in Herrenberg bei Stuttgart besucht. Die Idee zum Lab hatte Prof. Heinz Voggenreiter vom DLR Stuttgart vor 9 Jahren. Schülerinnen und Schüler aller Schularten aus der ganzen Region kommen zum Teil mehrmals wöchentlich am Nachmittag in das Labor, um an langfristig angelegten Projekten vornehmlich im Bereich der Luft- und Raumfahrt zu arbeiten. Die Anleiter sind ältere Schüler, Uni-Dozenten, Berufspraktiker und hin und wieder auch echte Astronauten. So werden bspw. Projekte im Bereich Windkanal, Flugrobotik oder Karosseriebau angeboten. Ein wirklich toller Ansatz, um junge Menschen nachhaltig für technische Berufe und Studiengänge zu begeistern!



Vortrag bei der Verbindung Normannia in Tübingen

Tübingen - Am Mittwoch Abend habe ich unweit meines langjährigen Wohnsitzes in Tübingen bei der Verbindung Normannia Tübingen einen Vortrag über den Bologna-Prozess und seine Folgen für die deutsche und europäische Hochschullandschaft gehalten. Ich habe mich sehr gefreut, unter den Gästen auch ehemalige und zukünftige Praktikanten gesehen zu haben. Mein Fazit: Der Bologna-Prozess war aus heutiger Sicht ein Erfolg, denn er hat die Studienstrukturen in Europa harmonisiert und damit Mobilität ermöglicht. Und er hat dazu geführt, dass bei relativ gleichbleibenden Kapazitäten mehr junge Menschen ein kürzeres Studium absolvieren.